



M/2026

Eingelangt am: 6.3.2026
Entgegengenommen von: *Guido Sondrieser*
Dringlichkeit zuerkannt: ja nein
Inhalt des Antrages: Villach, 06.03.2026
O angenommen mit Stimmen von:
O abgelehnt mit Stimmen von:
Enthaltungen:
Antragsnummer:

An den Gemeinderat der Stadt Villach
Rathaus
9500 Villach

Selbstständiger Antrag nach § 41 Villacher Stadtrecht

Unsere Daten, unsere Verantwortung - Digitale Souveränität für Villach

Die digitale Infrastruktur öffentlicher Einrichtungen ist zu einem strategischen Faktor für Handlungsfähigkeit, Sicherheit und Unabhängigkeit geworden. Zentrale digitale Dienste, von Cloud-Infrastrukturen bis hin zu Fachanwendungen und Kommunikationsplattformen, werden immer mehr von wenigen globalen Technologiekonzernen dominiert. Gleichzeitig wächst das Bewusstsein für digitale Abhängigkeiten auf europäischer und nationaler Ebene .

Die Europäische Union hat mit Initiativen z.B. Digital Markets Act, dem Data Act sowie der NIS2-Richtlinie klare Schritte für einen fairen digitalen Raum gesetzt. Digitale Souveränität wird auch auf Bundesebene als strategisches Ziel formuliert. Die österreichische Bundesregierung betont die Notwendigkeit, Abhängigkeiten von außereuropäischen IT-Anbietern zu analysieren, zum Beispiel im Digital Austria Act 2.0.

Digitale Infrastruktur ist Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge. Städte und Gemeinden verarbeiten sensible Bürger:innen- und Verwaltungsdaten und betreiben teils kritische Systeme. Internationale Abhängigkeiten können dabei langfristige wirtschaftliche und sicherheitspolitische Risiken darstellen.

Auch die Stadt Villach nutzt eine Vielzahl an IT-Systemen und digitalen Dienstleistungen. Eine konsolidierte Übersicht über Anbieter Abhängigkeiten, Daten Standorte und strategische Risiken liegt bislang nicht vor.

Vor diesem Hintergrund erscheint es sinnvoll, die bestehende IT-Landschaft der Stadt systematisch zu erfassen und im Hinblick auf digitale Souveränität zu analysieren.

Ziel ist eine faktenbasierte Entscheidungsgrundlage im Sinne der strategischen Zielsetzungen von EU und Bund.



Der Gemeinderat möge beraten und beschließen:

Der zuständige Referent möge eine strukturierte Erhebung sämtlicher eingesetzter IT-Systeme, Softwarelösungen, Cloud-Dienste und digitaler Infrastrukturen und deren internationale Abhängigkeiten in die Wege leiten.

Auf Basis dieser Erhebung ist ein IT-Souveränitätsbericht zu erstellen, der insbesondere bestehende Anbieter Abhängigkeiten, Datenverarbeitung Standorte, mögliche Lock-in-Effekte sowie realistische europäische Alternativen darstellt und dem Gemeinderat über die Ergebnisse berichtet.

[Handwritten signature]
[Handwritten signature]

[Handwritten signature]
[Handwritten signature]
[Handwritten signature]